



**Dr. Dagmar Enkelmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
1. Parlamentarische Geschäftsführerin Fraktion DIE LINKE  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
☎ (030) 227 – 78 220  
☎ (030) 227 – 76 219  
✉ dagmar.enkemann@bundestag.de

# Pressemitteilung

---

Berlin, 03. Juli 2010

## **Armut im Osten lässt Bundesregierung kalt**

### **Enkelmann (DIE LINKE) kritisiert Untätigkeit der Bundesregierung gegen wachsenden Anteil von Haushalten mit Niedrigeinkommen**

„Im Jahr 2000 musste schon jeder vierte Ostdeutsche von Niedrigeinkommen leben, jetzt ist es fast jeder dritte. Dieses alarmierende Ergebnis der jüngsten Studie des DIW zur Einkommensverteilung lässt die Bundesregierung völlig kalt“, kritisiert die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) zur Antwort auf ihre Anfrage, mit welchen Maßnahmen die Bundesregierung dem Anstieg des Anteils der Niedrigeinkommensbezieher in Ostdeutschland von 24 (2000) auf fast 31 Prozent (2009) entgegenwirken will.

Enkelmann weiter: „In ihrer Antwort nennt die Bundesregierung nicht ein einziges konkretes Vorhaben, um die Armut im Osten wenigstens abzumildern. Sie redet sich mit heraus mit dem Hinweis, der Anteil der Niedrigeinkommensbezieher sei nur sehr bedingt durch politische Maßnahmen steuerbar. Mir fallen da sofort wirkende Maßnahmen ein: Mindestlohn, höhere Hartz-IV-Sätze, Verzicht auf das so genannte ‚Sparpaket‘ und Angleichung der Renten Ost an West. Davon will die Bundesregierung nichts wissen. Der Osten interessiert diese schwarz-gelbe Regierung nicht.“

Zum Hintergrund: Als Niedrigeinkommen galten bei der jüngsten DIW-Studie Haushaltseinkommen von gleich oder weniger als 860 Euro monatlich. Während im gesamten Bundesgebiet der Anteil der Niedrigeinkommensbezieher 2009 bei 22 Prozent lag, betrug dieser in Ostdeutschland fast 31 Prozent. Nach anderen volkswirtschaftlichen Berechnungen betrug das verfügbare Jahreseinkommen der privaten Haushalte je Einwohner im Jahr 2007 rund 19 250 Euro in den alten und rund 15 050 Euro in den neuen Ländern.

Anlage: Antwort der Bundesregierung auf Anfrage